

Interpellation

Einbürgerungen: Temporäre Ausweitung der Härtefallregeln?

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind noch nicht genau absehbar. Dennoch ist anzunehmen, dass viele Menschen ihre Arbeitsstelle verlieren werden, oder selbständig Erwerbende ihren Betrieb aufgeben müssen.

Die Bedingungen für die Einbürgerungen sehen u.a. vor, dass die Personen:

1. am Wirtschaftsleben oder am Erwerb von Bildung teilnehmen
2. keine unbezahlten Beteiligungen oder Verlustscheine haben
3. in den letzten drei Jahren keine Sozialhilfe bezogen haben

Vor dem Hintergrund der Corona-Krise besteht die Gefahr, dass Migrantinnen und Migranten, die diese Bedingungen bis etwa März 2020 erfüllten, nun (vorübergehend) in die Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfe abrutschen, oder (bei Selbständigen) sich auch kurzfristig verschulden müssen. Erneut müssen sie Jahre warten, bis sie ein Gesuch um Einbürgerung stellen können. Dies ist aus staats- und integrationspolitischen Gründen nicht wünschenswert.

Vielleicht könnte eine Ausweitung der Härtefallregeln einen Ausweg bieten? Die Härtefallregel (Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse) definiert aktuell, unter welchen Bedingungen Ausnahmen von 1-3 gelten. Wünschenswert wäre z.B. eine Erweiterung der Ausnahmen für Personen, die kurz vor dem Einbürgerungsgespräch stehen und deren Erwerbssituation sich aufgrund von Corona gerade negativ verändert hat; In der Zukunft könnte eine Erweiterung der Ausnahmen auch für Personen sinnvoll sein, die 1-3 temporär nicht erfüllen konnten (damit keine neuen Wartefristen entstehen).

Der Interpellant bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Erachtet der Bürgerrat eine temporäre Ausweitung der jetzt schon bestehenden Härtefallregeln wegen der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie als sinnvoll?
2. Könnte eine solche Ausweitung vom Bürgerrat entschieden werden oder bräuchte es rechtliche Anpassungen, die nicht in der Kompetenz des Bürgerrats stehen?

P-A Niklaus

Pierre-Alain Niklaus, BastA!

Im Namen der Fraktion des Grünen Bündnis